

Mertins, Verena

Research Report

Soziale Marktwirtschaft - Leuchtturm oder Irrlicht?

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, No. 119

Provided in Cooperation with:

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

Suggested Citation: Mertins, Verena (2013) : Soziale Marktwirtschaft - Leuchtturm oder Irrlicht?, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, No. 119, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/99781>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT: LEUCHTTURM ODER IRRLICHT?

Argumente
zu Marktwirtschaft
und Politik

Nr. 119 | April 2013

Verena Mertins



Inhaltsverzeichnis

Vorwort 03

- 1** Wo steht die Soziale Marktwirtschaft? 04
 - 1.1 Erfolgsmodell in der Kritik 04
 - 1.2 Das neoliberale Fundament der Sozialen Marktwirtschaft 04
- 2** Freiheit und Wettbewerb als Leistungsanreize in der Marktwirtschaft 06
 - 2.1 Das Zusammenspiel von ökonomischer und politischer Freiheit 06
 - 2.2 Der Wettbewerbsmechanismus als Basis der Marktwirtschaft 09
 - 2.3 Chancengerechtigkeit als Voraussetzung 09
- 3** Der Staat setzt den Ordnungsrahmen für den Markt 13
 - 3.1 Grenzen des Marktes 13
 - 3.2 Grenzen des Staates 14
- 4** Aktuelle Herausforderungen und Handlungsempfehlungen 15
 - 4.1 Reduzierung des Staatseingriffs und der Verschuldung 15
 - 4.2 Überwindung der europäischen Schuldenkrise durch „Maastricht 2.0“ 15
 - 4.3 Für ein transparentes und konsistentes Steuersystem 15
 - 4.4 Für einen wettbewerbsfähigen Arbeitsmarkt 16
 - 4.5 Nachhaltige Sozialsysteme 16
 - 4.6 Industriepolitik: Förderung ohne Subventionen 16
 - 4.7 Deregulierung von Netzwirtschaften 17
 - 4.8 Marktwirtschaftlich orientierte Energiepolitik 17
- Literatur 18
- Executive Summary 20

© 2013

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 206057-0
Telefax: +49 (0)30 206057-57
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612 – 7072
Titelfoto: © Sergey Nivens – fotolia.com

Vorwort

Häufig kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, in Deutschland gebe es eine „Arbeitsteilung“ der ganz besonderen Art: Alles Gute wird scheinbar von der Politik entschieden und von öffentlicher Verwaltung und Wohlfahrtsverbänden mit segnender Hand über das Land verteilt. Alles Schlechte sehen dagegen viele in Globalisierung und Marktwirtschaft, wobei Letztere dabei oft allenfalls als notwendiges Übel zur Finanzierung der Sozialpolitik akzeptiert wird. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass die in Umfragen gemessene öffentliche Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft sinkt und immer mehr staatlicher Einfluss sowie immer neue Regulierung gefordert werden. Ist die Soziale Marktwirtschaft, in deren Rahmen Deutschland über 65 Jahre Wohlstand und ein hohes Maß an sozialem Frieden erreicht hat, immer noch der Leuchtturm des deutschen Wirtschaftswunders? Oder ist sie zum Irrlicht geworden – vielleicht auch, weil die Praxis sich von der Idee, von verlässlichen Prinzipien und Regeln entfernt hat?

Es kann bezweifelt werden, dass die in Umfragen geäußerte abstrakte Unzufriedenheit auf einer realen Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen und der Wirtschaftslage beruht. Denn Fakt ist, dass Deutschland inmitten des krisengeplagten Europas nach wie vor sehr gut dasteht. Die Produktion liegt auf einem hohen, die Arbeitslosenquote auf einem bemerkenswert niedrigen Niveau. Es wird weiterhin, wenn auch abgeschwächt, Wachstum erwartet. Ein Abbau der expliziten Staatsverschuldung ist möglich. Deutschland wirkt als fast einziges europäisches Land unbeeindruckt von der Krise seiner Nachbarn. Dies ist kein Zufall, sondern vor allem auch ein Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft, der deutschen Wirtschaftsordnung, die als Exportmodell international gefragt ist, national aber – wohl eher zu Unrecht – stark kritisiert wird. Die vorliegende Studie versucht ein realistisches Bild der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zu

zeichnen und daraus wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf abzuleiten.

Zunächst wird das theoretische Fundament unserer Wirtschaftsordnung dargestellt, der fälschlicherweise häufig diskreditierte Neoliberalismus. Freiheit und Wettbewerb sind die wesentlichen Elemente der Sozialen Marktwirtschaft und sorgen für Wohlstand. Chancengerechtigkeit ist eine zwingende Voraussetzung für eine faire Wirtschaftsordnung.

Der Staat setzt den Ordnungsrahmen für den Markt. Der Marktmechanismus kann nur positiv wirken, wenn ein starker und von Einzelinteressen unabhängiger Staat den Wettbewerb schützt. Doch muss das staatliche Handeln begrenzt werden, weil der Staat nicht alles besser weiß und kann als die Gesamtheit der auf dem Markt aktiven Unternehmer, Arbeitskräfte und Konsumenten.

Dieser Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft bleibt grundsätzlich richtig. In der Praxis und im Detail besteht Korrekturbedarf, um aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Dann bleibt die Soziale Marktwirtschaft ein Leuchtturm, der auch Europa Orientierung geben kann.

Wir danken der informedia-Stiftung für die Förderung dieser Publikation.



Prof. Dr. Michael Eilfort

Vorstand
der Stiftung Marktwirtschaft



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Vorstand
der Stiftung Marktwirtschaft

1 Wo steht die Soziale Marktwirtschaft?

1.1 Erfolgsmodell in der Kritik

Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland weist eine beeindruckende Erfolgsgeschichte auf. So hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1951 bis 2010 versiebenfacht und die Kaufkraft (gemessen in der für den Kauf von bestimmten Gütern aufzuwendenden Arbeitszeit eines durchschnittlichen Beschäftigten) enorm erhöht.¹ Die Erhöhung der Wohlfahrt der Bevölkerung wird auch daran deutlich, dass die tarifliche Wochenarbeitszeit seit den 1950er Jahren in den meisten Branchen von 48 auf 38 Stunden verkürzt wurde.

Diese erfreuliche Entwicklung steht jedoch diametral zur Unzufriedenheit der Bürger mit dem System der Sozialen Marktwirtschaft. Das deutsche Wirtschaftssystem ist in die Kritik geraten und sein Ansehen hat sich im Laufe der Jahre deutlich verschlechtert. Laut einer repräsentativen Umfrage des Mannheimer Instituts für praxisorientierte Sozialforschung vom Herbst 2010 sind 72% der befragten Bürger der Meinung, dass es in der deutschen Gesellschaft sozial eher nicht gerecht zugehe. Weniger als die Hälfte, nur 48% der Befragten, sind der Meinung, dass sich das System der Sozialen Marktwirtschaft bewährt habe. 1994 waren noch 73% der Befragten dieser Meinung.² Das geringe Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung spiegelt sich auch in den Ergebnissen einer Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach von 2012 wider, denen zufolge nur 48% der Befragten eine gute Meinung vom deutschen Wirtschaftssystem haben.³

Noch schlechter als die Soziale Marktwirtschaft wird die ihr zugrunde liegende Denkschule des Neoliberalismus angesehen. Neoliberalismus wird in den Medien als „politischer Kampfbegriff“⁴ verwendet und ist zum Totschlagargument mutiert. Fast jeder Politiker grenzt sich vom Neoliberalismus ab, da er in der Bevölkerung mit geistiger und emotionaler Kälte und einer unsozialen Einstellung gleichgesetzt wird. Dabei entbehrt diese Begriffsverwendung jeder historischen und inhaltlichen Grundlage.

Es ist an der Zeit, sich mit den Fragen zu beschäftigen, wofür die Soziale Marktwirtschaft steht und inwieweit dieses Wirtschaftsmodell oder seine heutige Praxis den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen Deutschlands und Europas gewachsen ist. Sowohl die noch immer nicht bewältigte Finanz- und

Schuldenkrise mit ihren unabsehbaren Auswirkungen auf die Zukunft Europas als auch die viel diskutierte, vermeintlich wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland zeigen die Notwendigkeit, die bestehende Wirtschaftsordnung auf den Prüfstand zu stellen. Jenseits von Diffamierungen und billigen Schuldzuweisungen ist eine sachliche Auseinandersetzung über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft gefordert.

1.2 Das neoliberale Fundament der Sozialen Marktwirtschaft

Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien bekennen sich zur Sozialen Marktwirtschaft, obwohl ihre wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auffassungen und ihr Verständnis des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft weit auseinander liegen.⁵ Die Vereinnahmung des Begriffes für verschiedenste politische Inhalte wird durch die Ermangelung einer präzisen Definition möglich. Einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, der Ökonom und Leiter der Grundsatzabteilung in Ludwig Erhards Wirtschaftsministerium Alfred Müller-Armack, leistete zwar einen ersten Ansatz mit der Formulierung, die Soziale Marktwirtschaft versuche, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“⁶. Jedoch ist für ein tieferes Verständnis die Auseinandersetzung mit den geistigen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft notwendig, insbesondere dem Neoliberalismus, der auf dem klassischen Liberalismus aufbaut und diesen weiterentwickelt.

„Wie für den Keynesianismus, so gilt auch für den Neoliberalismus: „Ismen“ sind oft vereinfachende und nicht selten bössartige Zuschreibungen der anderen Seite.“

Michael Wohlgemuth und Joachim Zweynert 2009

Zu den bekanntesten Vordenkern des klassischen Liberalismus zählen John Locke (1632–1704) und Adam Smith (1723–1790). Locke stellt das Naturrecht des Menschen auf Freiheit und Individualität in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Der Staat basiert bei Locke auf einem Gesellschaftsvertrag zwischen freien Individuen und ist für den Schutz ihrer Freiheitsrechte, insbesondere des Privateigentums, zuständig. Smith stellt dar, inwiefern das eigennützige Handeln der Individuen zu Austauschprozessen von

¹ Vgl. IW Köln (2011) und (2008).

² Vgl. Bundesverband deutscher Banken (2010).

³ Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (2012).

⁴ Vgl. Der Spiegel (2008): „Unsozial sind immer die anderen“, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,533857,00.html>, vom 08.02.2008.

⁵ Vgl. z.B. Norbert Röttgen und Christian Lindner, „Eine neue Ordnung mit bewährten Prinzipien“, Süddeutsche Zeitung Nr. 71, 26.03.2010, S. 5 sowie Sahra Wagenknecht (2012), „Freiheit statt Kapitalismus: Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft“, Frankfurt/Main.

⁶ Müller-Armack (1956).

Gütern und Dienstleistungen auf einem Markt führt, welche die Wohlfahrt der Gesellschaft erhöhen. Im klassischen Liberalismus soll der Staat möglichst wenig Einfluss auf die entstehende wirtschaftliche Ordnung nehmen, weswegen diese Form des Liberalismus auch als Laissez-faire-Liberalismus bezeichnet wird.

Die praktische Umsetzung des klassischen Liberalismus brachte Erfolge u.a. in Form der Bauernbefreiung, des Abbaus von Zunftzwängen und einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung mit sich. Die Beschränkung des Staates auf eine „Nachtwächterrolle“ führte zugleich jedoch zur Entstehung von mächtigen industriellen Kartellen, welche den Wettbewerb in Teilen außer Kraft setzten.⁷ Darüber hinaus entwickelte sich im Zuge der Industrialisierung eine neue Unterschicht in den Städten, die Industriearbeiter. „Schlechte Lebensbedingungen, unzureichende Entlohnung, lange Arbeitszeiten, Schädigung der Gesundheit, Kinderarbeit und Unsicherheit der Existenz vieler Fabrikarbeiter, wie sie zu Anfang und in der Mitte des 19. Jahrhunderts in großem Maße bestanden, stellten die soziale Frage dieser Zeit dar.“⁸ Die Weltwirtschaftskrise 1929 trug zur Diskreditierung des Liberalismus als vorherrschende Wirtschaftsordnung bei. Autoritäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen mit stark interventionistischem Charakter lösten das bisherige System ab.

Als Gegenreaktion auf diese Entwicklung traf sich im Jahr 1938 eine Gruppe von 26 Ökonomen und Philosophen in Paris zum „Colloque Walter Lippmann“. Unter ihnen waren Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke, Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek. Sie diskutierten das Versagen des Liberalismus und ersannen eine „Verfassung der Freiheit“. Bei diesem Kolloquium wurde der Begriff „Neoliberalismus“ für die neue Bewegung geprägt, deren Ziel eine Symbiose von freiheitlicher Wirtschaftspolitik und durchsetzungsfähigem Staat darstellte.⁹ Grundlage bildete die Erkenntnis, dass der Markt in der Regel nicht nur für die optimale Zuordnung von Ressourcen über den Mechanismus von Angebot und Nachfrage sorgt, sondern auch das Fundament für Freiheit und Demokratie darstellt. Gestaltungsmerkmale dieser Wirtschaftsordnung sind privates Eigentum, freie Preisbildung auf allen Handelsplätzen (auch auf dem Arbeitsmarkt), Vertragsfreiheit und Wettbewerbsfreiheit.

Der Staat spielt im Neoliberalismus und somit auch in der Sozialen Marktwirtschaft eine wichtige Rolle: Er sorgt für die Gewährleistung der Rechtsordnung und des Privateigentums und sichert den freien Wettbewerb und Handel. So forderte Rüstow 1932 „einen starken Staat; einen Staat, der über den Gruppen, über den Interessenten steht, einen Staat, der sich aus der Verstrickung mit den Wirtschaftsinteressen, wenn er in sie hinein-

geraten ist, wieder herauslöst“. Die Rechtsordnung soll so ausgestaltet sein, dass der Wettbewerbsmechanismus frei wirken kann und weder auf Unternehmer- noch auf Arbeitnehmerseite private Machtpositionen entstehen.¹⁰ Nur ein starker und durchsetzungsfähiger Staat kann sich mächtigen gesellschaftlichen Gruppen und wirtschaftlichen Partikularinteressen erfolgreich entgegenstellen und wirkungsvolle Maßnahmen zur Monopol- und Kartellkontrolle, zum sozialen Mindestschutz und der Herstellung von Chancengerechtigkeit ergreifen. Im Interesse von Gewerbetreibenden und Konsumenten hat dementsprechend der Abbau von Wettbewerbsbeschränkungen etwa in Form von Schutzzöllen, Subventionen oder Markteintrittsbarrieren für ausländische Investoren eine hohe Priorität. Entgegen mancher Vorwürfe dient die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft nicht dem monopolistischen oder oligopolistischen „Großkapital“ und dessen Bereicherung. Stattdessen besteht die Zielsetzung aus einem ausgeprägten dynamischen Unternehmenswettbewerb, der einerseits über den Preis- und Qualitätswettbewerb den Konsumenten Vorteile erbringt und andererseits durch den Zwang zur permanenten Verbesserung der Volkswirtschaft Innovations- und Wachstumseffekte einträgt.

„Der Neoliberalismus beruht auf der Grundentscheidung für die persönliche Freiheit des Menschen. Dazu bedarf es eines staatlichen Ordnungsrahmens als System von Regeln menschlichen Zusammenlebens, der das sog. Paradoxon der Freiheit [...] ausschließt, d.h. die individuelle Freiheit einerseits schützt, andererseits auch begrenzt, damit sie nicht in Willkür ausartet und sich selbst zerstört. Freie Bürger dürfen keinen gesetzlichen Regeln unterworfen sein, die ihnen sagen, was sie tun sollen, sondern nur solchen, die ihnen angeben, was sie nicht tun dürfen.“

Hans Besters 1986

Die heutige Verwendung des Begriffs Neoliberalismus in der Öffentlichkeit orientiert sich jedoch häufig nicht an seiner historischen Bedeutung. Stattdessen dient die Bezeichnung mittlerweile weithin als Chiffre einer Marktwirtschaft ohne jegliche Regeln, für den Missbrauch von wirtschaftlicher Macht von Unternehmen gegenüber den Arbeitnehmern und für das Zerrbild einer zivilisationsfeindlichen Globalisierung. Tatsächlich steht Neoliberalismus in seiner Ursprungsbedeutung jedoch dafür, jedem Menschen durch die Vorgabe eines klar definierten Ordnungsrahmens ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit und Verantwortung zuzusichern. Wettbewerb und Gleichbehandlung werden in einer neoliberalen Marktwirtschaft staatlich geschützt. Diese Ursprungsbedeutung

7 Vgl. Schlecht (1981).

8 Eucken (1948).

9 Vgl. Hampe (2010).

10 Vgl. von Hayek (1959).

hat mit dem derzeit populären Gebrauch des Neoliberalismus-Begriffs somit nicht viel gemein. Das neoliberale Konzept ist zusammen mit der speziellen Freiburger Ausprägung, dem Ordoliberalismus, in die Konzeption und Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eingeflossen.¹¹ Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft sind also prinzipiell neoliberal.

Die Verwendung des Begriffs Kapitalismus ist ebenfalls nicht unproblematisch. Der Begriff kann zur Bezeichnung einer bestimmten historischen Epoche, insbesondere der Industrialisierung im 18./19. Jahrhundert, verwendet werden. Als Kapitalismus wird aber auch die dieser Epoche zugrunde liegende Wirtschaftsordnung bezeichnet, die sich auf die freie Verfügung über das Privateigentum und das Wirken des Marktmechanismus stützt. Im angelsächsischen Sprachgebrauch werden Kapitalis-

mus und Marktwirtschaft daher häufig synonym verwendet und dem Wirtschaftssystem des Sozialismus entgegengestellt.¹² Dabei ergibt sich die unterschiedliche Schwerpunktsetzung aus der Wortwahl: Beim Begriff Kapitalismus steht die herausgehobene Rolle des Produktionsfaktors Kapital im Vordergrund, an der sich die Kapitalismuskritik entzündet. Der Begriff Marktwirtschaft legt den Schwerpunkt auf das Wirken des Marktmechanismus in den verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft. Das Kapital ist in der Marktwirtschaft ein Produktionsfaktor unter anderen, auf die sich die Eigentums- und Verfügungsrechte gleichermaßen beziehen. Deswegen wird im Folgenden der zielführendere Begriff der Marktwirtschaft bzw. in der deutschen Ausprägung der Sozialen Marktwirtschaft verwendet.

2 Freiheit und Wettbewerb als Leistungsanreize in der Marktwirtschaft

2.1 Das Zusammenspiel von ökonomischer und politischer Freiheit

„Hier springt zunächst in die Augen die den meisten Neuformulierungen des Liberalismus gemeinsame Tendenz, zwei Dinge miteinander zu vereinen: das Vertrauen auf die Freiheit der Märkte und die Einsicht, dass diese Freiheit einer umfassenden Politik bedarf, die das Feld der wirtschaftlichen Freiheit wie ein Spielfeld streng absteckt, ihre Bedingungen – sozusagen die Spielregeln – sorgfältig bestimmt und mit unparteiischer Strenge für die Respektierung dieses Rahmens der Marktwirtschaft (des Spielfeldes wie der Spielregeln) sorgt.“

Wilhelm Röpke 1950

„Economic freedom is also an indispensable means toward the achievement of political freedom.“

Milton Friedman 1962

Der Freiheitsbegriff kann danach differenziert werden, ob die politische oder ökonomische Sphäre betrachtet wird. Politische Freiheit bemisst sich an der Rechtsstaatlichkeit und der Gewähr-

leistung der Bürgerrechte. Die ökonomische Freiheit des Individuums, selbst über seine Lebenspläne und seine persönlichen Ziele zu entscheiden, bildet die Basis für die Soziale Marktwirtschaft. Die politische und ökonomische Sphäre des Freiheitsbegriffes können jedoch nicht vollständig unabhängig voneinander betrachtet werden, da sie sich gegenseitig bedingen.¹³

In der Bundesrepublik Deutschland wird die ökonomische Freiheit des Individuums im Rahmen der Gewährleistung der Berufs-, Gewerbe- und Unternehmerfreiheit sowie des Rechts der freien Wahl des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte (Art. 12 GG) und der aus der allgemeinen Handlungsfreiheit abgeleiteten Vertragsfreiheit (Art. 2 GG) garantiert. Die staatliche Garantie des Privateigentums, einschließlich des unternehmensbestimmten Eigentums (Art. 14 GG), stellt einen entscheidenden Anreiz für Unternehmer und abhängig Beschäftigte dar, Leistungen zu erbringen. In einem freien und offenen Land lohnt sich somit die Leistungserbringung für den Einzelnen, so dass sich Kreativität entwickeln kann, auf deren Basis Innovationen und Wachstum und folglich Wohlstand entstehen.

Der theoretisch einleuchtende Zusammenhang zwischen Freiheit und Wohlstand soll nun empirisch überprüft werden. Um die ökonomische Freiheit messbar zu machen, kann z.B.

11 Vgl. Horn (2010). Weitere auf dem Neoliberalismus gründende Bewegungen mit unterschiedlichen Ansichten zur Ausprägung der Rolle des Staates stellen die Chicagoer Schule mit ihren wichtigsten Vertretern Milton Friedman und Frank Knight sowie die Österreichische Schule mit Ludwig von Mises und Friedrich A. von Hayek dar.

12 Vgl. z.B. Friedman (1962).

13 Vgl. Doering (2009) für einen empirischen Überblick und Friedman (1962) für die grundlegende Argumentation.

der Index of Economic Freedom der Heritage Foundation verwendet werden.¹⁴

Einzelindikatoren des Index of Economic Freedom:

- Geschäftsfreiheit
- Handelsfreiheit
- Steuerbelastung
- Staatseinfluss
- Monetäre Freiheit
- Investitionsfreiheit
- Freiheit des Finanzmarktes
- Eigentumsrechte
- Ausmaß der Korruption
- Arbeitsmarktfreiheit

Zur Messung des volkswirtschaftlichen Wohlstands wird im Folgenden das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verwendet. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erfasst alle in einem Jahr in einem Land hergestellten und für den Endverbrauch bestimmten Güter und Dienstleistungen zu Marktpreisen. Das BIP stellt den gebräuchlichsten Wohlstandsindikator dar, der jedoch nicht unumstritten ist. Kritisiert werden vor allem die Bewertung mit Hilfe von Marktpreisen, die Nichterfassung von außerhalb der Märkte stattfindenden Aktivitäten sowie die Nichtberücksichtigung von Verteilungsfragen.¹⁵ Doch auch alternative Indikatoren, wie z.B. die Erhebungen der Glücksforschung oder der Human Development Index der Vereinten Nationen, haben ihre Schwächen, z.B. was die Subjektivität, die Repräsentativität, die Auswahl der relevanten Einflussfaktoren und die Verdichtung von Teilindikatoren zu einem Gesamtindikator betrifft. Sie können in der Ergänzung des BIP wertvolle Dienste leisten, einen überzeugenden Ersatz stellen sie jedoch in ihrer derzeitigen Form nicht dar. Zudem üben das BIP und seine Zunahme in Form von Wirtschaftswachstum im Allgemeinen positive Effekte auf die Beschäftigung, die Reduzierung der Armut, die Verbesserung des Lebensstandards, die Lebenserwartung und das Bildungsniveau aus.

Es zeigt sich, dass Länder mit einem höheren Grad an ökonomischer Freiheit über einen höheren Wohlstand als weniger freie Länder verfügen (vgl. die Gesamtbetrachtung in Abbildung 1 und die Länderauswahl in Abbildung 2 auf Seite 8).

Die Beobachtung, dass freiere Länder gleichzeitig auch reicher sind, wird durch umfangreiche empirische Untersuchungen des

Zusammenhangs zwischen Freiheit und Wohlstand bestätigt. Zahlreiche Studien zeigen, dass im internationalen Vergleich ökonomische Freiheit und Wohlstand positiv korreliert sind. Freiere Gesellschaften verfügen also tatsächlich über einen höheren Wohlstand.¹⁶ Teilbereiche der ökonomischen Freiheit scheinen dabei besonders eng mit Wohlstand und Wachstum einer Gesellschaft zusammenzuhängen, wie z.B. die Sicherstellung von privaten Eigentums- und Verfügungsrechten, eine stabile Währung ebenso wie die wirtschaftliche Offenheit eines Landes.¹⁷

Neben der ökonomischen Freiheit hängt auch die politische Freiheit positiv mit dem Wohlstand eines Landes zusammen. So finden Acemoglu et al. (2008) heraus, dass ein höherer Grad der politischen Freiheit bzw. der Demokratie (gemessen mit Hilfe des Freedom House Index) mit einem höheren Grad an Wohlstand eines Landes (gemessen als Pro-Kopf-BIP) einhergeht.

Festzuhalten ist: Höhere Freiheits- und höhere Wohlstandsniveaus hängen also irgendwie zusammen. Aber wie sieht der kausale Wirkungszusammenhang konkret aus? Führt mehr Freiheit zu mehr Wohlstand oder ist es genau andersherum, ist ein gewisses Maß an Wohlstand erforderlich, damit die Gesellschaft freiheitlicher wird? Oder werden beide Größen von denselben Faktoren beeinflusst? Die erste Auffassung (mehr Freiheit führt zu mehr Wohlstand) betont die Wirkungsweise von freiheitlichen Institutionen, welche Einfluss auf eine positive ökonomische Entwicklung ausüben. Freiheitliche und demokratische Länder haben nach dieser Argumentation nicht nur Vorteile in der Akkumulation von Humankapital und physischem Kapital, sondern weisen gleichzeitig auch eine größere Offenheit für den Handel sowie eine stabilere Staatsführung und weniger Korruption auf. Hinzu kommt eine allgemein bessere Ausprägung der ökonomischen Institutionen. Die zweite Auffassung (mehr Wohlstand führt zu mehr Freiheit) basiert auf der sogenannten Aristoteles-Lipset-Hypothese, die besagt, dass die ökonomische Entwicklung eines Landes die Demokratisierung vorantreibt und nicht umgekehrt. So besteht ein möglicher Wirkungskanal darin, dass ein wohlhabendes Land eine gut ausgebildete Bevölkerung hat, die wiederum im Allgemeinen zur Entwicklung freiheitlicher demokratischer Strukturen im Land beiträgt.¹⁸

Der Frage nach der Kausalität von Wohlstand und Freiheit widmen sich verschiedene empirische Studien. Acemoglu et al. (2008) vermuten, dass die politische und ökonomische Entwicklung eines Landes zu einem großen Teil von historischen

14 Vgl. <http://www.heritage.org/Index/>.

15 Vgl. z.B. die Diskussion im ifo-Schnelldienst 4/2011 und die Arbeit der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

16 Vgl. z.B. Heckelman (2000). Fuest et al. (2011) kommen in ihrer Untersuchung bezogen auf die deutschen Bundesländer ebenfalls zu dem Ergebnis, dass wirtschaftlich freiere Bundesländer reicher seien als wirtschaftlich weniger freie Bundesländer. Für eine vereinzelt vertretene gegenteilige Meinung vgl. z.B. Sturm et al. (2002).

17 Vgl. Altman (2008); Sala-i-Martin (1997). Altman verwendet den Economic Freedom of the World Index des Economic Freedom Networks, der ähnlich aufgebaut ist wie der Index of Economic Freedom der Heritage Foundation.

18 Vgl. Sunde (2006).

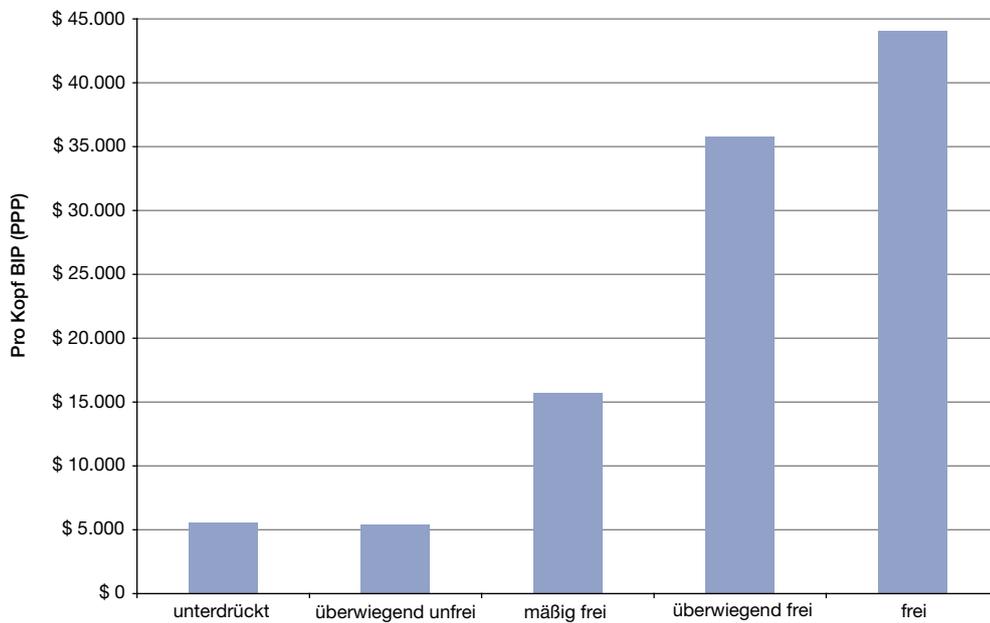


Abbildung 1:
Je freier das Land, desto höher die Wirtschaftsleistung pro Kopf (PPP – gemessen in kaufkraftbereinigten US-\$) Gesamtbetrachtung der BIP-Mittelwerte der nach dem Grad der ökonomischen Freiheit sortierten Ländergruppen*

Datenquelle:
The Heritage Foundation, Index of Economic Freedom 2013.

* Es wurden alle 176 im Index of Economic Freedom vorkommenden Länder betrachtet, für die Angaben zum BIP pro Kopf vorlagen. Für die jeweiligen Ländergruppen wurden die Mittelwerte berechnet. Auch bei Betrachtung der Mediane bleiben die Unterschiede zwischen den Gruppen bestehen.

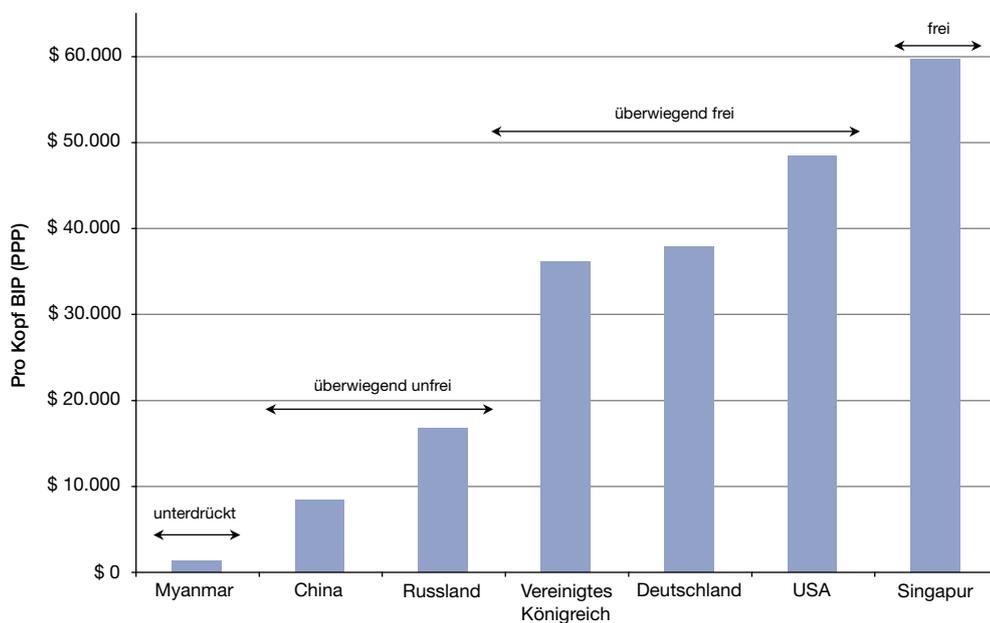


Abbildung 2:
Je freier das Land, desto höher das BIP pro Kopf (gemessen in kaufkraftbereinigten US-\$) – Länderauswahl

Datenquelle:
The Heritage Foundation, Index of Economic Freedom 2013.

Faktoren, wie dem in der Vergangenheit eingeschlagenen Entwicklungspfad, determiniert wird. Dagegen kommen Heid et al. (2011) zu dem Schluss, dass ein höheres Wohlstandsniveau die Ausprägung der Demokratie positiv beeinflusst.

Doucouliaqos/Ulubasoglu (2008) berücksichtigen in einer Metaanalyse 79 empirische Studien zum Zusammenhang zwischen

politischer Freiheit und Wirtschaftswachstum. Sie finden keinen statistisch messbaren, direkten Effekt der Demokratieausprägung auf das Wirtschaftswachstum. Jedoch scheint die politische Freiheit das Wirtschaftswachstum indirekt zu beeinflussen. So wirkt sich beispielsweise ein höherer Grad an politischer Freiheit positiv auf das Humankapital einer Gesellschaft, die politische

Stabilität des Landes und die ökonomische Freiheit aus und sorgt gleichzeitig für ein niedrigeres Inflationsniveau. Das Ergebnis der Studie von Papaioannou/Siourounis (2008) ist, dass die Einführung eines demokratischen Systems die Volkswirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad bringt.

Auch Heckelman (2000) und Sunde (2006) kommen zu dem Schluss, dass Freiheit dem Wirtschaftswachstum vorausgeht, also Freiheit einen möglichen Wachstumstreiber darstellt. Laut diesen Studien scheint die ökonomische Freiheit mit der Sicherstellung von Eigentumsrechten und einer effektiven Korruptionsbekämpfung die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes stärker positiv zu beeinflussen als die politische Freiheit mit ihren demokratischen Strukturen. Somit bleibt abschließend festzustellen, dass zwar ein Zusammenhang zwischen Freiheit und Wohlstand bzw. Wirtschaftswachstum besteht, der genaue Wirkungsmechanismus aber (noch) nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden kann.

2.2 Der Wettbewerbsmechanismus als Basis der Marktwirtschaft

„In einer Wettbewerbsordnung fördert und erhält der Staat die Wirtschaftsordnung, nicht aber den alltäglichen Wirtschaftsprozeß, der auf Grund freier Entscheidungen der Haushalte und Betriebe erfolgt.“

Walter Eucken 1947

Wettbewerb entsteht dann, wenn mindestens zwei Akteure miteinander um dasselbe Ziel konkurrieren, aber nur einer dieses Ziel erreichen kann. So sind Unternehmen, die dasselbe Produkt anbieten, an Kunden für dieses Produkt interessiert und können z.B. über den Preis, die Qualität oder ihre Absatz- und Vertriebsmethoden miteinander in Konkurrenz treten. Wie auf jedem Markt kann auch auf dem Arbeitsmarkt Wettbewerb herrschen, wenn sich mehrere Personen für eine ausgeschriebene Stelle bewerben bzw. wenn sich eine Person zwischen verschiedenen Jobangeboten entscheiden kann.

In einer Marktwirtschaft hat der Wettbewerb verschiedene Funktionen inne. Da die Interaktion der privaten Marktteilnehmer das wirtschaftliche Geschehen bestimmt, wird erstens der staatliche Einfluss begrenzt. Ein funktionierender Wettbewerb sorgt zweitens dafür, dass die wirtschaftliche Macht privater Marktteilnehmer beschränkt wird. Denn durch die Konkurrenz sind dauerhaft nur diejenigen Akteure erfolgreich am Markt tätig, welche ihren Vertragspartnern immer wieder aufs Neue entgegenkommen und günstige Geschäftsbedingungen anbieten. Drittens passen die Anbieter die produzierten Güter und Dienstleistungen an die Präferenzen der Kunden an, um Abnehmer für ihre Produktion zu finden. Viertens sorgt der Wettbewerb dafür, dass die für die Produktion einzusetzenden Faktoren genau dort einge-

setzt werden, wo der Nutzen ihres Einsatzes, also ihre Produktivität, am höchsten ist. Hiermit hängt die fünfte Wettbewerbsfunktion zusammen, die Einkommensverteilung gemäß der am Markt erzielten Leistung. Sechstens sorgt Wettbewerb als Suchprozess und Entdeckungsmechanismus für Dynamik. Unternehmen besitzen den Anreiz, Produkt- und Prozessinnovationen zu tätigen, um so neue Kunden zu gewinnen und ihre Gewinne zu erhöhen. Hohe Gewinne können diese sogenannten Pionierunternehmen jedoch nur so lange erzielen, bis Konkurrenten mit Imitationen in den Markt eintreten.

Wettbewerbsfunktionen in einer Marktwirtschaft (nach Seitel 2005):

- Begrenzung staatlicher Macht
- Begrenzung wirtschaftlicher Macht einzelner Privater
- Anpassung der Produktion an die Konsumentenpräferenzen
- Optimale Allokation der Produktionsfaktoren
- An der Marktleistung orientierte Einkommensverteilung
- Innovativität von Produkten und Produktionsverfahren
- Imitation und Anpassungsfähigkeit

2.3 Chancengerechtigkeit als Voraussetzung

In einer Marktwirtschaft bestimmt idealtypischerweise nicht die Herkunft oder staatlicher Dirigismus über den Werdegang, sondern die eigene individuelle Leistung. Dies ist eine zentrale Errungenschaft moderner, freiheitlicher Gesellschaften: Nicht mehr Geschlecht, Elternhaus oder soziales Umfeld sollen über den beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg entscheiden, sondern das eigene, freie Handeln. Eine besondere Bedeutung kommt daher der Bildung und beruflichen Qualifikation zu. Mit unterschiedlichen Leistungen gehen ungleiche Entlohnungen einher. Deswegen sind Einkommensunterschiede aus ökonomischer Perspektive nicht nur anerkannt, sondern auch notwendig, um knappe Qualifikationen in die richtige Verwendung zu lenken. Sie geben Menschen Anreize zur Leistungserbringung und zu Qualifikation und Weiterbildung.

Voraussetzung dafür, dass das Leistungsprinzip in der Marktwirtschaft funktionieren kann, ist die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit. Die Gesellschaft muss hinreichend durchlässig sein, damit jedem Mitglied – unabhängig vom familiären und sozialen Hintergrund – dieselben Aufstiegsmöglichkeiten offenstehen. Diesbezüglich besteht in Deutschland noch Verbesserungsbedarf. Untersuchungen zeigen, dass zurzeit der erreichte Bildungsgrad in einem stärkeren Ausmaß durch den sozioökonomischen Hintergrund determiniert ist, als dies in vergleichbaren Industrie-

staaten der Fall ist. Der Bildungspolitik gelingt es offensichtlich noch nicht ausreichend, gute Bildungszugänge für alle bereitzustellen. In den Bereichen Bildung, Weiterbildung und Integration liegen wesentliche Herausforderungen.¹⁹

„In der Marktwirtschaft ist Ungleichheit der Einkommen und Vermögen wesentlich.“ Ludwig von Mises 1959

Leistungsbezogene Einkommensunterschiede sind unverzichtbar, um wirtschaftliche Dynamik und Unternehmertum hervorzubringen und Leistungsanreize zu geben. Doch es zeigt sich, dass eine Gesellschaft mit einer zu ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen unter Verteilungskämpfen und Wachstumseinbußen leidet.²⁰ Hier kommen die Vorzüge der sozialen Komponente der Marktwirtschaft in Deutschland zum Tragen. Denn während die Verteilung der am Markt erzielten Einkommen eine beträchtliche Ungleichheit aufweist, wird diese Spreizung durch staatliche Umverteilung im Steuer- und Sozialsystem abgemildert. So fällt die Verteilung der verfügbaren Einkommen nach Steuern und Transferleistungen deutlich gleichmäßiger aus.

Die vielfach diskutierte angebliche Einkommenspolarisierung der deutschen Gesellschaft hat vor allem in den Jahren 2000 bis 2005 stattgefunden. Seit 2005 hat die Ungleichheit der am Markt erzielten Einkommen in Ost- und Westdeutschland abgenommen und 2009/2010 etwa wieder das Niveau der Jahrtausendwende erreicht. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen ist in Westdeutschland in diesem Zeitraum ebenfalls zurückgegangen, während sie in Ostdeutschland – auf deutlich niedrigerem Niveau – konstant geblieben ist. Gründe für diese Entwicklungen sind zum einen die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und entsprechende Tariflohnabschlüsse, die insbesondere niedrige und mittlere Einkommen erhöhen. Zum anderen betrifft der Rückgang der Vermögenserträge seit 2008/2009 insbesondere die oberen verfügbaren Einkommen.²¹ Entgegen der öffentlichen Meinung gibt es in Deutschland in jüngster Zeit also keine zunehmende, sondern im Gegenteil eine abnehmende Einkommensungleichheit.

Auch das vor wenigen Jahren noch viel diskutierte angebliche Schrumpfen der Mittelschicht²² kann von aktuellen Untersuchungen nicht bestätigt werden. So zeigt das IW Köln, dass etwa die Hälfte der Bevölkerung zur Mittelschicht (definiert als 80–150%

des Medianeinkommens, also desjenigen Einkommens, das die obere und untere Hälfte der Einkommensbezieher voneinander trennt) gehören und dieser Anteil seit 1991 weitgehend konstant geblieben ist.²³

Ein gebräuchlicher Index zur Messung der Einkommensverteilung stellt der Gini-Koeffizient dar. In Abbildung 3 liegen dem Gini-Koeffizienten die verfügbaren Haushaltseinkommen, bereinigt um die Haushaltsgröße, für einige ausgewählte Länder zugrunde. Der Wert 0 steht für eine vollständige Gleichverteilung, der Wert 1 für die maximale Ungleichverteilung. Deutschland liegt mit knapp 0,30 unterhalb des OECD-Durchschnitts von 0,31. Im internationalen Vergleich besitzt Deutschland somit keine besonders auffällige Einkommensverteilung. Einige europäische Länder, z.B. im skandinavischen und osteuropäischen Raum, haben eine ausgeglichene Einkommensverteilung. Besonders hoch ist die Ungleichverteilung hingegen in den lateinamerikanischen Ländern, aber auch die USA und das Vereinigte Königreich haben eine deutlich ungleichere Einkommensverteilung als Deutschland.

Wie in anderen Ländern auch, ist die Verteilung der Vermögen in Deutschland im Vergleich zur Verteilung der Einkommen deutlich ungleicher. So ergibt eine Untersuchung von Frick et al. (2009), dass der Gini-Koeffizient der deutschen Vermögensverteilung für 2007 bei 0,799 liegt (also deutlich näher am Maximalwert von 1 als der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung). Zum erfassten Vermögen zählen Immobilienbesitz, Geld- und Sachvermögen. Die Vermögensungleichheit hat von 2002 bis 2007 zugenommen, wobei sich Deutschland im internationalen Mittelfeld bewegt.²⁴ Bei der Aufstellung des Vermögens sollte man jedoch zusätzlich die in der Bevölkerung weit verbreiteten, erworbenen Anwartschaften an gesetzlichen, tariflichen und privaten Alterssicherungssystemen berücksichtigen. Dieser umfassendere Vermögensbegriff geht mit einer deutlich gleicheren Vermögensverteilung einher (Gini-Koeffizient von 0,64).²⁵ In diesen Untersuchungen sind die Effekte der Finanzkrise 2008/2009 noch nicht berücksichtigt, die zu einem Schrumpfen der stark am Kapitalmarkt engagierten Vermögen geführt haben dürfte. Dies könnte im Ergebnis eine gleichere Vermögensverteilung hervorbringen – hieran wird deutlich, dass stärkere Gleichheit nicht unbedingt mit einem höherem Wohlstandsniveau einhergeht.

¹⁹ Vgl. Raddatz (2012).

²⁰ Dies zeigen z.B. Alesina/Rodrik (1994) theoretisch und empirisch.

²¹ Vgl. Grabka/Goebel (2012).

²² Vgl. Grabka/Frick (2008).

²³ Vgl. IW Köln (2012).

²⁴ Vgl. Frick/Grabka (2009).

²⁵ Vgl. Frick/Grabka (2010).

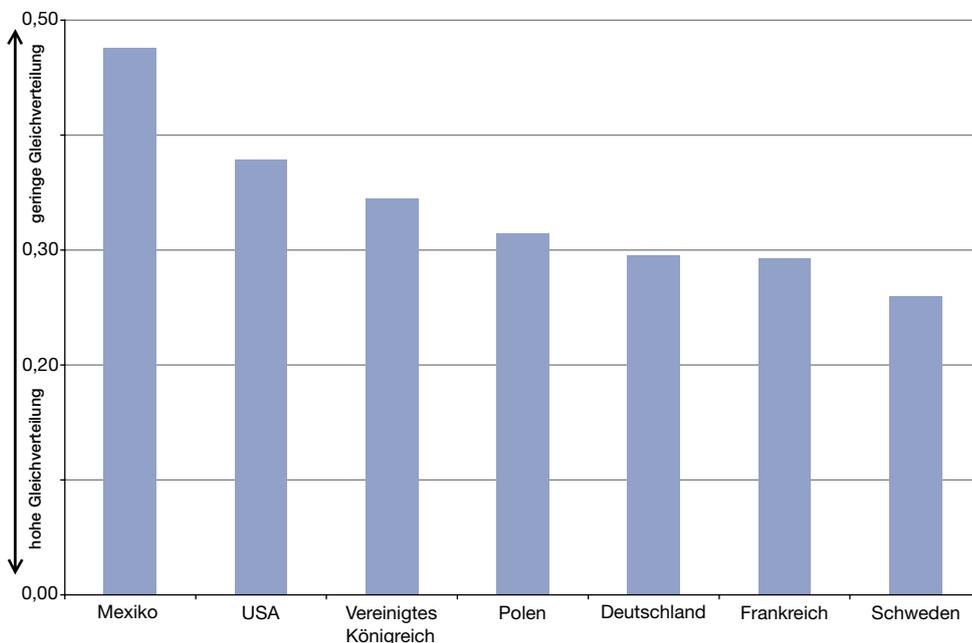


Abbildung 3: Verteilung der verfügbaren Einkommen in Deutschland im internationalen Vergleich (gemessen am Gini-Koeffizienten)

Quelle: OECD, Factbook 2013.

„Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch.“

Ludwig Erhard 1953

Gleiche Chancen zu gewähren, bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass nach einem ausufernden staatlichen Umverteilungsprozess alle das Gleiche besitzen sollen. Dies kann nicht das Ziel einer Marktwirtschaft sein. Unternehmerische Tätigkeit mit ihren positiven Auswirkungen auf Innovation und Wachstum einer Gesellschaft kommt nur dann zustande, wenn der Unternehmer für seine Leistung und sein übernommenes Risiko mit der Aussicht auf einen unsicheren, speziellen Profit, den Unternehmerrisiko, entlohnt wird. Die Anreizwirkungen der Entlohnung sind auch für den Unternehmenswettbewerb um geeignete Manager und Angestellte wichtig. Dieses Argument wird in der Diskussion um die im Zuge der immer wieder geforderten Begrenzung von Managergehältern oft vernachlässigt.²⁶

In der Marktwirtschaft hat jeder Arbeitnehmer den Anreiz, je nach seinen Fähigkeiten einen möglichst hohen Bildungsabschluss zu erzielen und sich während seines Berufslebens weiterzubilden. Wenn seine Leistung entsprechend entlohnt wird, nimmt er eher den damit verbundenen Zeit- und Kostenaufwand in Kauf – von den nicht-monetären Vorteilen einer höheren Bildung ganz abgesehen. Ein ausufernder staatlicher Interventionismus mit einer zunehmenden materiellen Gleichmacherei aller Bürger würde dagegen alle Leistungsanstrengungen ad ab-

surdum führen und die Wirtschaftstätigkeit des Landes stark dämpfen.

Aus diesem Grund ist der hohe Staatseinfluss und der großzügige Sozialstaat in Deutschland mit Sorge zu betrachten. Die Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben am BIP), welche den Staatseinfluss in einem Land misst, bewegt sich seit mehr als drei Jahrzehnten immer wieder in Richtung der 50%-Marke (vgl. Abbildung 4 auf Seite 12), die vom ehemaligen Bundeskanzler Kohl einst als „Schwelle zum Sozialismus“ bezeichnet wurde. Zwar gibt die Staatsquote nur die Quantität der Staatstätigkeit an und nicht die Qualität z.B. der Verkehrsinfrastruktur und des Bildungswesens. Auch wird die staatliche Regulierung z.B. des Arbeitsmarktes nicht abgebildet. Trotzdem kann die Entwicklung der Staatsquote als ein bedeutender Indikator für die Rolle des Staates in einem Land dienen.

Um speziell das Ausmaß der sozialstaatlichen Aktivität international vergleichen zu können, bieten sich noch andere Indikatoren an wie die von der OECD verwendete Nettosozialleistungsquote (Anteil der Nettosozialleistungen am BIP). Die Nettosozialleistungen haben gegenüber den staatlichen Bruttosozialleistungen den Vorteil, dass sie die direkte und indirekte Besteuerung von Sozialleistungen berücksichtigen ebenso wie die steuerlichen Vergünstigungen zu sozialen Zwecken. Somit misst dieser Indikator die tatsächlich bei den Haushalten ankommenden Sozialleistungen und berücksichtigt, dass z.B. die skandinavischen

²⁶ Prinzipiell ist es nicht nachvollziehbar, warum sich der Staat in die privaten Vertragsbeziehungen zwischen angestellten Managern und Unternehmenseigentümern einmischen sollte – von einzelnen Fehlentwicklungen abgesehen, die z.B. im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise offensichtlich geworden sind.

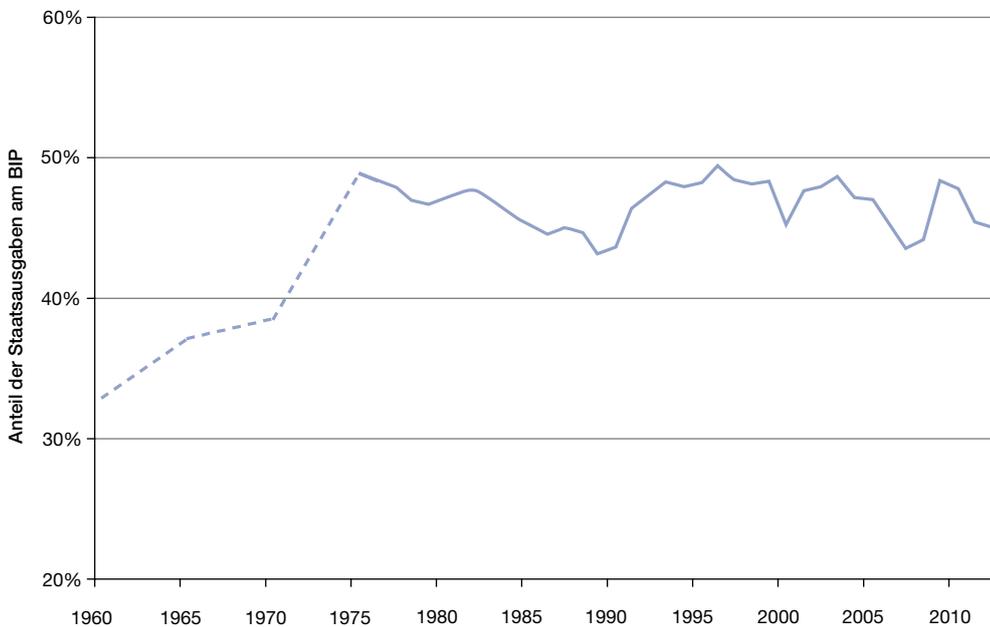


Abbildung 4:
Entwicklung der deutschen Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben am BIP) seit 1960 in Prozent

Quelle:
Bundesfinanzministerium,
Februar 2013 (1960–1975 nur
alle fünf Jahre verfügbare Daten,
ab 1975 jährliche Daten).

Länder zwar brutto einen höheren BIP-Anteil für staatliche Sozialleistungen ausgeben, diese dann jedoch stärker mit Steuern und Abgaben belasten als z.B. Deutschland.²⁷ Wie aus Abbildung 5 hervorgeht, ist der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich sehr stark ausgeprägt. Nur Frankreich weist in der Nettobetrachtung eine höhere sozialstaatliche Aktivität auf. Die Sozialleistungen in den skandinavischen Ländern liegen in der Bruttobetrachtung deutlich über Deutschland, aber in der Nettobetrachtung darunter.

Ohne Zweifel muss der Staat seine Bürger gegen bestimmte Risiken absichern und das Existenzminimum sichern. Besser wäre es jedoch, wenn der Einzelne in die Lage versetzt würde, sich durch seine eigene Kraft gegen die allgemeinen Lebensrisiken, wie z.B. Krankheit oder Invalidität, abzusichern. Dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend ist zunächst jeder Einzelne bzw. sein enger Familienverbund – sofern existent – für seine soziale Absicherung verantwortlich. Erst bei Versagen dieser Ebenen soll und muss die Gesellschaft stützend eingreifen, möglichst ohne dabei die Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung zu unterminieren. Die für die soziale Grundsicherung notwendige Einkommensumverteilung sollte ausschließlich über das Steuersystem erfolgen. Die Sozialversicherungen sollten demgegenüber hauptsächlich der intertemporalen Umverteilung dienen und nicht so sehr der interpersonellen Umverteilung. Nur so ist ge-

währleistet, dass der Marktmechanismus im Versicherungsbereich funktioniert und die tatsächliche Belastung der Bürger transparent und nachvollziehbar ist.

Die Soziale Marktwirtschaft lebt von der Mitwirkung aller. Entsprechend der gesellschaftlichen Stellung und der finanziellen Möglichkeiten ist jeder in unterschiedlichem Maß gefordert, Verantwortung zu übernehmen – zuallererst für sich selbst, aber auch für bedürftige andere. Viele Bürger tragen trotz staatlicher Fürsorgeversprechen freiwillig gesellschaftliche Verantwortung. Sie pflegen Angehörige, leisten Nachbarschaftshilfe und engagieren sich ehrenamtlich.

Unternehmer und Manager sind indessen als „ehrbare Kaufleute“ in besonderer Weise ihren Mitarbeitern und ihrem Umfeld verpflichtet. Die überwiegende Mehrzahl der Unternehmer und Manager haben diese Verpflichtung seit Jahrhunderten selbstverständlich erfüllt. Seit geraumer Zeit wird die Unternehmensverantwortung in Bezug auf die Umsetzung sozialer und ökologischer Standards als „Corporate Social Responsibility“ bezeichnet. Die steigende Anzahl von gemeinnützigen Stiftungen oder Zustiftungen ist ein weiteres Indiz für ein nicht nachlassendes gesellschaftliches Engagement. So gab es im Jahr 2012 über 19.000 Stiftungen in Deutschland, während die Zahl 1990 noch bei etwa 5.500 Stiftungen lag.²⁸

27 Vgl. Adema/Ladaïque (2009); Kemmerling (2004).

28 Vgl. Statistiken des Bundesverbands Deutscher Stiftungen auf www.stiftungen.org.

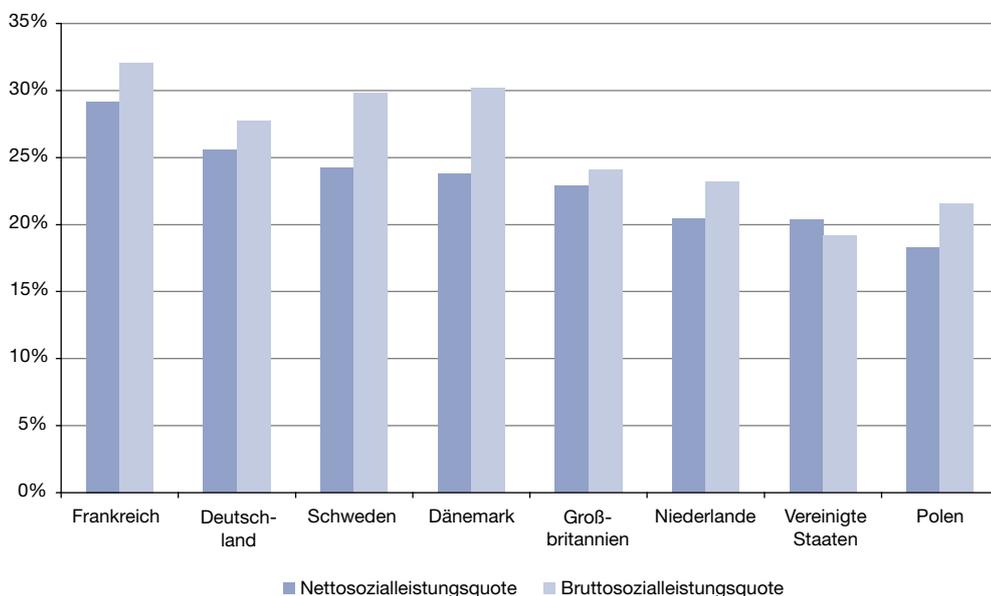


Abbildung 5: Brutto- und Netto-sozialleistungsquoten im internationalen Vergleich

Quelle: Social Expenditure Database (SOCX) der OECD, 2009.*

* Vgl. <http://www.oecd.org/els/soc/social-expenditure-databasesocx.htm>. Als Nettosozialleistungsquote wird hier die öffentliche Nettosozialleistungsquote („net current public social expenditure“) verwendet. Durch die Berücksichtigung von obligatorischen und freiwilligen privaten Sozialleistungen könnte die gesamte Nettosozialleistungsquote berechnet werden („net total social expenditure“), die aber ungenauer in der Berechnung ist.

3 Der Staat setzt den Ordnungsrahmen für den Markt

„The existence of a free market does not of course eliminate the need for government. On the contrary, government is essential both as a forum for determining the ‘rules of the game’ and as an umpire to interpret and enforce the rules decided on.“

Milton Friedman 1962

Ein neoliberales Wirtschaftssystem benötigt einen handlungsfähigen Staat, der die freiheitliche Wirtschaftsordnung sichert und Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerb garantiert. Dabei muss der Staat seine ordnungspolitische Regelungskompetenz an veränderte Marktbedingungen anpassen. Heute stehen andere wirtschaftspolitische Probleme im Vordergrund als in den Anfangsjahren der Bundesrepublik. Entscheidend ist es jedoch, den ursprünglichen neoliberalen Geist der Sozialen Marktwirtschaft wiederzubeleben und die Notwendigkeit von Reglementierung stets mit den Prinzipien von Wettbewerb, Subsidiarität und individueller Verantwortlichkeit abzugleichen. Denn die Beschneidung der Freiheit führt in fast allen Fällen zu Effizienz- und Wohlstandsverlusten.

3.1 Grenzen des Marktes

Die positiven Wirkungen des Marktmechanismus können nur genutzt werden, wenn der starke und von Einzelinteressen unabhängige Staat den Wettbewerb schützt. Dies ist das oberste ordnungspolitische Ziel und wesentlicher Bestandteil des Neoliberalismus und der Sozialen Marktwirtschaft. Um den Wettbewerb zu schützen, gibt es in Deutschland Institutionen wie das Bundeskartellamt oder die Bundesnetzagentur, denen die Aufgabe obliegt, eine Kartellbildung und Marktmissbrauch zu unterbinden und natürliche Monopole zu überwachen bzw. in den Wettbewerb zu überführen.

Die positiven Auswirkungen des Wettbewerbsmechanismus beschränken sich nicht nur auf die nationale Ebene. Damit Freihandel seine positiven Effekte auf die beteiligten Volkswirtschaften entfalten kann, müssen auch auf internationaler Ebene bestimmte Wettbewerbsregeln etabliert werden. Die Europäische

Union sorgt z.B. mit ihrem präventiven Beihilfeverbot und der Sicherung der Währungsstabilität des Euro in ihren Mitgliedstaaten für weitgehend einheitliche Standortbedingungen. Auf internationaler Ebene müssen z.B. Vereinbarungen im Urheberrecht und in der Banken- und Finanzmarktaufsicht getroffen werden, um einen funktionsfähigen Wettbewerb zu wahren. Die nationale Ebene kann hier allein relativ wenig ausrichten.

Allerdings kann der Markt nicht alle Probleme lösen. Im Bereich Umweltschutz liegen häufig Marktunvollkommenheiten vor. So gibt es negative externe Effekte dadurch, dass die Verschmutzung, z.B. eines Flusses oder der Luft, nicht nur die Verschmutzer, sondern auch andere Unternehmen und Bürger betrifft. Eine intakte Umwelt ist ein klassisches öffentliches Gut – alle profitieren davon, aber für den Einzelnen lohnen sich Bemühungen zum Schutz der Umwelt nur, wenn alle anderen mitmachen. Ohne eine für alle verbindliche Regulierung ist anzunehmen, dass es zu einer gesellschaftlich suboptimalen Situation kommt, in der die Umwelt zu stark geschädigt wird. Allerdings sollte diese Regulierung so weit wie möglich marktwirtschaftlich ausgestaltet sein, damit Umweltschutz kosteneffizient und effektiv wirken kann und dadurch auch breite Akzeptanz in der Bevölkerung findet. Klimaschutz ist ein solcher Bereich, in dem staatliche Weichenstellungen jenseits des Marktes notwendig sind und darüber hinaus internationale Übereinkünfte getroffen werden müssen.

3.2 Grenzen des Staates

Die Grenzen staatlich organisierter Versorgung werden in den sozialen Sicherungssystemen für Rente, Gesundheit und Pflege deutlich. Die demografische Entwicklung und die Ausweitung von Leistungen bzw. Verhinderung von Leistungskürzungen (z.B. durch die Rentengarantie) besiegeln die zukünftige Finanzierungsproblematik des Sozialsystems – zumindest in seiner derzeitigen Ausgestaltung. So zeigen Raffelhüschen et al. in ihren Berechnungen zur Generationenbilanz, dass die Nachhaltigkeitslücke aus impliziten und expliziten Staatsschulden ein Vielfaches des BIP beträgt, laut den aktuellsten Berechnungen (Stand: 2012) knapp 5,7 Billionen Euro bzw. 230% des Bruttoinlandsprodukts.²⁹

Vor diesem Hintergrund erstaunt der in der Bevölkerung immer noch vorherrschende Glaube an die umfassende Verantwortung des Staates und die Absicherung des Einzelnen durch die öffentlichen Sozialversicherungssysteme. Vielmehr machen diese Berechnungen deutlich, dass – bei Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern und Leistungsempfängern wie prognostiziert – die Umlagefinanzierung nur bei radikal steigenden Beiträgen und zugleich reduziertem Leistungsangebot bestehen bleiben kann.

Der Staat setzt die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Dies darf jedoch nicht im Sinne einer umfassenden Wirtschaftssteuerung verstanden werden. Werden einzelne Branchen vom Staat protegiert, weil sie besonders zukunftsreich erscheinen oder die Wirtschaftsstruktur bestimmter Regionen dominieren, so liegt eine Wettbewerbsverzerrung vor. Dabei ist der Staat dem Markt in der Sammlung und Verarbeitung der gewaltigen Menge an verfügbarer Information weit unterlegen (die Anmaßung von Wissen nach von Hayek).³⁰ Eine zentrale Instanz wie der Staat ist der Komplexität der realen Welt schlichtweg nicht gewachsen. Dies zeigt sich am Beispiel der gescheiterten Globalsteuerung in den 1970ern, als die Politik glaubte, die Wirtschaftsentwicklung von der Konjunktur unabhängig machen zu können, tatsächlich aber notwendige strukturelle Veränderungen verzögerte und die Staatsverschuldung in die Höhe trieb.³¹ Auch die Geschichte der staatlich geförderten Zukunftstechnologien ist reich an Beispielen für das staatliche Unvermögen, bessere Prognosen über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung zu erstellen als der Markt selbst.³²

Aus der Einsicht in die begrenzte Vorteilhaftigkeit staatlichen Wirkens muss eine stärkere Orientierung am Individuum und am Markt folgen. Die Rahmenbedingungen sollten so gesetzt werden, dass das dezentrale Wissen des Einzelnen optimal genutzt wird und der Preismechanismus des Marktes die Allokation von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen bestmöglich erfüllen kann. Zur Erstellung praktikabler Politikempfehlungen sollten Erkenntnisse der neueren volkswirtschaftlichen Forschungszweige, z.B. aus der Neuen Institutionenökonomik oder der Verhaltensökonomik genutzt werden.

„Der Staat soll sich auf die Rolle des Spielleiters und Schiedsrichters beschränken und hier volle Autorität genießen, aber er soll nicht gleichzeitig Fußball spielen.“ Wilhelm Röpke 1950

²⁹ Vgl. Raffelhüschen/Moog (2012).

³⁰ Vgl. von Hayek (1969) und (1976).

³¹ Vgl. Gaul (2009).

³² So erhielt in den 1970er Jahren die Forschung im Bereich der Kohleverflüssigung massive staatliche Unterstützung, während andere Energieträger vernachlässigt wurden, die sich im Laufe der Zeit als bedeutsamer herausgestellt haben, vgl. Oberender (1987).

4 Aktuelle Herausforderungen und Handlungsempfehlungen

Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist unbestreitbar eine Erfolgsgeschichte. Jedoch gibt es auf den verschiedensten Ebenen Reformbedarf, um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten, Beschäftigung und Wachstum zu sichern sowie Schulden abzubauen. Die Soziale Marktwirtschaft funktioniert dadurch, dass der Staat den Marktmechanismus frei wirken lässt und sich auf die Sicherung des ordnungspolitischen Rahmens beschränkt. Doch ist ein verstärktes Eingreifen des Staates nicht erst seit dem notwendigen kurzfristigen Krisenmanagement in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 zu beobachten, sondern schon lange zuvor. Seit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates in den 1970er Jahren steigen die Staatsquote und damit die Rolle des Staates in der Gesellschaft tendenziell. Die Steuer- und Abgabenlast droht mittelfristig zu explodieren. Um die Soziale Marktwirtschaft zu modernisieren, müssen notwendige Strukturereformen im hier beschriebenen neoliberalen Sinne vorgenommen werden – die herrschende konjunkturelle Lage ist kein Grund, nicht aktiv zu werden. Es wird nie einen „idealen Zeitpunkt“ für entsprechende Veränderungen geben.

4.1 Reduzierung des Staatseingriffs und der Verschuldung

Der staatliche Einfluss in Deutschland ist hoch. Fast jeder zweite Euro wird in Deutschland mittlerweile jährlich durch die öffentliche Hand ausgegeben. Ausgeglichene öffentliche Haushalte liegen in weiter Ferne. Die gesamtstaatliche Nettoneuverschuldung hat in 2011 etwa 12 Milliarden Euro betragen, in den ersten neun Monaten 2012 etwa 21 Milliarden Euro.³³ Dieses Defizit ist zwar deutlich geringer als in den Vorjahren. Es ist aber unverständlich, wieso man angesichts der guten konjunkturellen Lage und der Überschüsse der Sozialversicherung nicht ein gesamtstaatliches Plus anstrebt, um z.B. auch für die zu erwartenden Belastungen durch die europäischen Rettungsmaßnahmen vorzusorgen. Auch die notwendigen zusätzlichen Ausgaben in der Finanzkrise 2008/2009 können nicht als Alibi dienen. Denn die Steuereinnahmen kennen seit Jahrzehnten nur eine Richtung: nach oben. Die Konsolidierung des Staatshaushalts ist eine der dringlichsten Aufgaben, um finanzielle Politikspielräume für die Zukunft zu sichern. Hierzu ist eine deutliche Ausgabenreduzierung, z.B. durch einen umfassenden Subventionsabbau, erforderlich. Der Staatseinfluss bemisst sich jedoch nicht nur am Budget, sondern auch am Ausmaß der staatlichen Regulierung, die z.B. durch

Rechtsnormen und Verwaltungsakte erfolgt. Der Abbau von Bürokratiekosten sollte weiter vorangetrieben werden.

4.2 Überwindung der europäischen Schuldenkrise durch „Maastricht 2.0“

Die Soziale Marktwirtschaft Deutschlands hat sich in der Krise als Erfolgsmodell bewährt. Doch kann dieses Modell nicht eins zu eins auf andere Länder mit anderen gesellschaftlichen Präferenzen und wirtschaftlichen Strukturen übertragen werden. Deswegen wendet sich die Stiftung Marktwirtschaft gegen zentralisierte wirtschaftspolitische Vorgaben der Europäischen Union. Denn der Wettbewerb zwischen den Ländern dient als Entdeckungsverfahren für erfolgreiche Wirtschaftspolitik.

Wie die Schuldenkrise mit ihren verheerenden Auswirkungen für einige betroffene Länder zeigt, ist auf europäischer Ebene die Festlegung von fiskalpolitischen Regeln unbedingt notwendig – die auch eingehalten werden müssen. Deswegen plädiert der Kronberger Kreis für ein „Maastricht 2.0“.³⁴ Diese Stabilitätsunion sollte insofern national verantwortet werden, dass die Staaten ihre Ausgaben- und Einnahmenstruktur selbst bestimmen. Eine schärfere gemeinsame Bankenregulierung ist ebenso anzustreben wie eine Insolvenzordnung für europäische Staaten. Die Vergemeinschaftung der Staatsverschuldung ist hingegen strikt abzulehnen, weil sie die falschen Anreize setzt. Die gemeinsame europäische Geldpolitik sollte sich auf die Erhaltung der Preisstabilität konzentrieren.

4.3 Für ein transparentes und konsistentes Steuersystem

Attraktive Rahmenbedingungen liegen in der Verantwortung des Staates. Zu einem wettbewerbsfähigen Standort gehört ein attraktives Steuersystem, das Leistungsanreize möglichst wenig beeinträchtigt. Abgesehen von fairen Steuersätzen heißt dies in erster Linie Transparenz und Reformierung der Steuerstruktur. Die Steuerlandschaft in Deutschland muss für Unternehmen und Bürger vereinfacht werden. Damit ist beispielsweise ein einheitliches Steuerregime für Personen- und Kapitalgesellschaften sowie eine nachvollziehbare Kommunalfinanzierung gemeint, welche die volatile Gewerbesteuer ersetzt.³⁵

³³ Vgl. Statistisches Bundesamt (2012), Finanzen und Steuern, Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts, Fachserie 14, Reihe 2, 1.–4. Vierteljahr 2011 und 1.–3. Vierteljahr 2012.

³⁴ Vgl. Kronberger Kreis (2012).

³⁵ Vgl. hierzu die Kommission „Steuergesetzbuch“ (2006) mit Reformvorschlägen zur Unternehmensbesteuerung, Kommunalfinanzien und Einkommensteuer.

Viele Ausnahmetatbestände, z.B. im Bereich der unübersichtlichen und inkonsistenten Mehrwertsteuersätze³⁶, könnten wegfallen. Deswegen plädiert die Stiftung Marktwirtschaft für einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz von 17%.

4.4 Für einen wettbewerbsfähigen Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt braucht nicht nur eine Lohnfindung, die dem Arbeitsangebot und der Arbeitsnachfrage Rechnung trägt, sondern auch eine konsequente Deregulierung. Ein wichtiges Element stellt beispielsweise die Ergänzung des Kündigungsschutzgesetzes um eine Abfindungslösung dar.³⁷ Der Arbeitsmarkt muss den Titel „Markt“ zu Recht führen. In den letzten Jahren waren hier einige Fortschritte zu verzeichnen, z.B. flexiblere Tarifverträge mit betrieblichen Absicherungsmöglichkeiten und die Liberalisierung von Zeitarbeit. Auch die lange von den Tarifparteien geübte Lohnzurückhaltung hat zum Erfolg des deutschen Wirtschaftsmodells in der Vergangenheit beigetragen.

Die Einführung von Mindestlöhnen geht hingegen in die falsche Richtung. Die häufig geforderte flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen würde zu Schwarzarbeit und Arbeitslosigkeit im Bereich der Geringqualifizierten führen. Gerade gering qualifizierte Arbeitslose haben es besonders schwer, eine Beschäftigung zu finden. Ihnen wird die Einführung eines Mindestlohns besonders schaden, da sie fortan dauerhaft vom Arbeitsleben ausgeschlossen bleiben. Außerdem ist ein politisch festgelegter Mindestlohn kein geeignetes Mittel, um Armut zu vermeiden und die Einkommen der Arbeitnehmer zu erhöhen. Hierfür sind die Sozialsysteme besser geeignet, die die Familieneinkommen bei Bedürftigkeit durch Transferleistungen aufstocken.³⁸

4.5 Nachhaltige Sozialsysteme

Alle Einrichtungen des sozialen Sicherungssystems in Deutschland sind hinsichtlich ihrer Marktfähigkeit und ihrer Nachhaltigkeit zu überprüfen. Das z.B. in der Renten- und Pflegeversicherung angewandte Umlagesystem sollte stärker durch kapitalgedeckte Elemente ergänzt werden, um so die im Zuge der demografischen Entwicklung zu erwartende Mehrbelastung abzufedern.

Die steigende Lebenserwartung macht eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit, also der Zeit, in der Beiträge gezahlt werden, unumgänglich.

Die Orientierung der Beitragszahlungen für Kranken- und Pflegeversicherung am Arbeitseinkommen widerspricht dem Versicherungsprinzip. Soziale Umverteilungsziele sollten über Steuern und Transfers über die breite Bevölkerung verteilt erreicht werden, das Sozialversicherungssystem ist hierfür ungeeignet. Stattdessen wären in der Kranken- und Pflegeversicherung langfristig risikoäquivalente Prämien und individualisierte, übertragbare Altersrückstellungen einzuführen, um die Eigenverantwortung zu stärken. Als Zwischenschritt sind auch Pauschalen denkbar. Außerdem müssen die vorhandenen Effizienzreserven im Gesundheitssystem durch eine Intensivierung des Wettbewerbs zwischen den medizinischen Leistungsanbietern wie auch zwischen den Krankenkassen genutzt werden.³⁹

4.6 Industriepolitik: Förderung ohne Subventionen

Der breite politische Rückhalt für eine staatliche Unterstützung einzelner insolvenzbedrohter Unternehmen, wie z.B. 2009 in den Diskussionen um die Insolvenz von Opel und Quelle, entbehrt jeder ökonomischen Grundlage. Die Volkswirtschaft ist nicht bedroht, wenn ein unrentables Unternehmen aus dem Markt ausscheidet. Stattdessen werden die anderen Unternehmen durch die staatliche Subventionierung ihres Mitbewerbers benachteiligt.

Generell stellt jegliche Subvention einen Eingriff in das sensible Preisgefüge des Marktes dar. Subventionen sollten daher vollständig auf zwingende Ausnahmetatbestände hin überprüft und weitestgehend abgebaut werden.⁴⁰ So sollten beispielsweise auch die Ausgaben der Europäischen Union zur Unterstützung von Landwirten konsequent zurückgefahren und der europäische Binnenmarkt stärker gegenüber Agrarexporten anderer Länder geöffnet werden.⁴¹

Industriepolitik wird heutzutage gerne als „Innovationsförderung“ bezeichnet. Dass der Staat die Grundlagenforschung unterstützen sollte, steht zwar außer Frage, weil diese ein öffentliches Gut darstellt. Hier profitieren andere Unternehmen von den Ergebnissen der forschenden Institutionen, so dass der Anreiz, eigene Forschung zu betreiben, für das einzelne Unternehmen gering ist. Ohne staatliche Unterstützung würde zu wenig Grund-

³⁶ Als Beispiele können die ermäßigte Besteuerung des Erwerbs von Reitpferden, Schnittblumen und Kunstgegenständen dienen, vgl. Stiftung Marktwirtschaft (2012).

³⁷ Vgl. Kronberger Kreis (2004).

³⁸ Vgl. Kronberger Kreis (2008).

³⁹ Vgl. für das Gesundheitssystem das Konzept des Kronberger Kreises (2002) und für den Bereich Pflegeversicherung Raddatz (2008).

⁴⁰ Vgl. Kronberger Kreis (2006).

⁴¹ Die Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union machen immer noch 41% des EU-Haushalts aus, vgl. Homepage der Europäischen Kommission, <http://ec.europa.eu/budget>.

lagenforschung betrieben, worunter die Volkswirtschaft leiden würde. Problematisch ist Industriepolitik bzw. Innovationsförderung jedoch dann, wenn der Staat in die marktnahe Forschung und Entwicklung eingreift und z.B. bestimmte Branchen oder Cluster als zukunftsfruchtig definiert und gesondert fördert. Hier wirken staatliche Eingriffe marktverzerrend. Der Staat sollte den Unternehmen die Wahl ihrer Innovationsstrategie lieber selbst überlassen und sich auf die Gewährleistung von forschungs- und innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen konzentrieren.

4.7 Deregulierung von Netzwirtschaften

Netzwirtschaften zeichnen sich dadurch aus, dass zur Belieferung der Verbraucher mit Leistungen ein leitungsbezogenes Versorgungsnetz benötigt wird. Das Unternehmen, das ein solches Netz bereitstellt, verfügt über ein sogenanntes natürliches Monopol und kann die betreffende Leistung zu niedrigeren Kosten erstellen als neu auf den Markt eintretende Konkurrenten. Der Aufbau einer konkurrierenden Infrastruktur ist oft nicht möglich. Deswegen ist zur Sicherstellung eines funktionsfähigen Wettbewerbs staatliche Regulierung zumindest für den Übergang erforderlich, wie sie in Deutschland z.B. durch Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt erfolgt. Mit der erfolgreichen Deregulierung der Netzwirtschaften hat sich an neoliberalen Grundsätzen orientiertes Handeln bereits ausgezahlt. So profitieren Verbraucher im Telekommunikationsbereich nach der Liberalisierung von stark gesunkenen Preisen und einer Vielzahl von innovativen Produkten verschiedenster Anbieter.

4.8 Marktwirtschaftlich orientierte Energiepolitik

Die Energiewende ist politisch beschlossen, aber die praktische Umsetzung steht vor einer Reihe von Problemen. Die Politik versucht den Einzelproblemen mit vielen verschiedenen Maßnahmen zu begegnen und verschlimmbessert so ein kompliziertes und durch und durch planwirtschaftliches System. Dies zeigt sich im Klimaschutz am Beispiel der CO₂-Emissionen: Um die ehr-

geizigen deutschen Ziele zur Minderung von CO₂-Emissionen um 40% bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 zu erreichen, bedarf es einer durchdachten Strategie. Hier bietet sich eine Konzentration auf den Marktmechanismus des internationalen Zertifikatehandels an. Wenn der Emissionshandel konsequent ausgeweitet würde, so könnte der Dschungel an klimaschutzpolitischen Maßnahmen deutlich gelichtet werden, zu denen z.B. die Subventionierung der Erzeugung von erneuerbarer Energie nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und baurechtliche Vorschriften, z.B. zur Gebäudedämmung, zählen.⁴²

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist eine teure und ineffiziente Form der Förderung. Durch die festen und variierten Vergütungssätze maßt sich der Staat Wissen über die zu fördernden Erzeugungstechnologien an und behindert die Dynamik des Wettbewerbs, was neue Technologien und die Weiterentwicklung bestehender Technologien angeht. Deswegen wäre ein Quotensystem für erneuerbare Energien aus marktwirtschaftlicher Sicht vorzuziehen, wie es die Monopolkommission vorschlägt.⁴³ Aber auch in anderen Teilbereichen der Energiepolitik benötigt man langfristig verlässliche Rahmenbedingungen, damit Energieerzeuger und -versorger ihre Investitionsentscheidungen entsprechend planen können. Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Koordinierung der Energiepolitik erforderlich, z.B. was die Frage der grenzüberschreitenden Energienetze, Speicher und Versorgung angeht.

Die Monopolkommission bemängelt „erhebliche Wettbewerbsdefizite“ auf dem deutschen Energiemarkt, sowohl durch den zu beobachtenden Trend zur Rekommunalisierung als auch durch weiterhin bestehende oligopolistische Strukturen auf dem Strommarkt.⁴⁴ Zwar hat seit der Liberalisierung im Jahr 1998 die Zahl der Anbieter deutlich zugenommen. Mittlerweile gibt es rund 1.100 Stromversorger.⁴⁵ Obwohl immer mehr Kunden ihren Stromanbieter wechseln, bestimmen die vier größten Versorger auch künftig weite Teile des Marktes. So beziehen immer noch 85% der Haushaltskunden ihren Strom vom Grundversorger.⁴⁶ Die Liberalisierung des Strommarktes hat bislang auch nicht zu langfristig sinkenden Preisen geführt. Im Gegenteil: So sind die Stromausgaben der Privathaushalte von 2000 bis 2011 von 17,2 Mrd. Euro auf 32,6 Mrd. Euro gestiegen. 45% des Strompreises machen dabei Steuern und Abgaben aus.⁴⁷

42 Vgl. Kronberger Kreis (2009).

43 Vgl. Monopolkommission (2011).

44 Vgl. Monopolkommission (2011), S. 14.

45 Vgl. Homepage des Bundeswirtschaftsministeriums, <http://bmwi.de/DE/Themen/Energie/stromversorgung.html>.

46 Vgl. Bundesnetzagentur (2012), S. 170. 44% der Haushaltskunden verfügen über einen Grundversorgungsvertrag. 41% werden über einen anderen Vertrag vom Grundversorger beliefert.

47 Vgl. Handelsblatt vom 07.08.2012, „Subventioniert den Strompreis!“, S. 1; 6f.

Literatur

- Acemoglu, Daron, Simon Johnson, James A. Robinson und Pierre Yared** (2008), *Income and Democracy*, *American Economic Review*, 98 (3), S. 808–842.
- Adema, Willem und Maxime Ladaique** (2009), *How Expensive is the Welfare State? Gross and Net Indicators in the OECD Social Expenditure Database (SOCX)*, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, 92, OECD.
- Alesina, Alberto und Dani Rodrik** (1994), *Distributive Politics and Economic Growth*, *Quarterly Journal of Economics*, 109 (2), S. 465–490.
- Altman, Morris** (2008), *How much economic freedom is necessary for economic growth? Theory and evidence*, *Economics Bulletin*, 15 (2), S. 1–20.
- Besters, Hans** (1986), *Neoliberalismus*, in: Vaubel, Roland und Hans D. Barbier (Hrsg.), *Handbuch Marktwirtschaft*, Pfullingen, S. 107–122.
- Bundesnetzagentur** (2012), *Jahresbericht 2011*, Bonn.
- Bundesverband deutscher Banken** (2010), *Schönhauser Gespräche 2010, Führung – Verantwortung – Vertrauen, Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken*.
- Doering, Detmar** (2009), *Rechtsstaat und wirtschaftliche Freiheit: Über eine Wahrnehmungsdissonanz*, *PositionLiberal*, 80, Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam.
- Doucouliaqos, Hristos und Mehmet Ulubasoglu** (2008), *Democracy and Economic Growth: A meta-analysis*, *American Journal of Political Science*, 52 (1), S. 61–83.
- Erhard, Ludwig** (1953), zitiert in *Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU* (2007), *Die Soziale Marktwirtschaft: Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz*, Berlin, S. 344.
- Eucken, Walter** (1948), *Die soziale Frage*, in: Hohmann, Karl et al. (Hrsg.), *Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft: Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft*, 2, 1988, Stuttgart, New York, S. 91–101.
- Eucken, Walter** (1947), *Über die zweifache wirtschaftspolitische Aufgabe der Nationalökonomie*, in: Goldschmidt, Nils und Michael Wohlgemuth (Hrsg.), *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, 2008, Tübingen, S. 133–151.
- Frick, Joachim R. und Markus M. Grabka** (2010), *Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen*, *Wochenbericht des DIW Berlin*, 3, S. 2–12.
- Frick, Joachim R. und Markus M. Grabka** (2009), *Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland*, *Wochenbericht des DIW Berlin*, 4, S. 54–67.
- Friedman, Milton** (1962), *Capitalism and Freedom*, Chicago.
- Fuest, Clemens, Roman Bertenrath und Patrick Welter** (2011), *Wirtschaftliche Freiheit in den deutschen Bundesländern*, Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam.
- Gaul, Claus-Martin** (2009), *Konjunkturprogramme in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Einordnung und Bewertung der Globalsteuerung von 1967 bis 1982*, Info-Brief WD 5-3010-009/09, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages.
- Grabka, Markus M. und Joachim R. Frick** (2008), *Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?*, *Wochenbericht des DIW Berlin*, 10, S. 101–108.
- Grabka, Markus M., Jan Goebel und Jürgen Schupp** (2012), *Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?*, *Wochenbericht des DIW Berlin*, 43, S. 3–15.
- Hampe, Peter** (2010), *Neoliberalismus: Zur Entstehungsgeschichte und zum Bedeutungswandel eines verqueren Begriffes*, *ifo-Schnelldienst*, 63 (9), S. 13–16.
- Heckelman, Jac C.** (2000), *Economic freedom and economic growth: A short-run causal investigation*, *Journal of Applied Economics*, III (1), S. 71–91.
- Heid, Benedikt, Julian Langer und Mario Larch** (2011), *Income and democracy: Evidence from system GMM estimates*, *Ifo Working Paper*, 118.
- Horn, Karen Ilse** (2010), *Die Soziale Marktwirtschaft: Alles, was Sie über den Neoliberalismus wissen sollten*, Frankfurt/Main.
- Institut für Demoskopie Allensbach** (2012), *Wirtschaftliches Verständnis und ordnungspolitische Positionen der Bevölkerung*.
- IW Köln** (2012), *Angst vorm Abstieg meist unbegründet*, in *iw-dienst* 38 (35), S. 1–2.
- IW Köln** (2011), *Das Maß der Dinge*, in: *iw-dienst*, 37 (9), S. 4.
- IW Köln** (2008), *Soziale Marktwirtschaft: Die verkannte Erfolgsgeschichte*, *iwd*, 34 (25), S. 4–5.
- Kemmerling, Achim** (2004), *Die Messung sozialstaatlicher Leistungen. Zu den Folgen der Nettosozialleistungsquote Willem Ademas für die Diskussion um staatliche Sozialpolitik*, *Beitrag zum Wissenschaftlichen Kolloquium des Statistischen Bundesamts, Ökonomische Leistungsfähigkeit Deutschlands – Bestandsaufnahme und statistische Messung im internationalen Vergleich*.
- Kommission „Steuergesetzbuch“** (2006), *Steuerpolitisches Programm – Einfacher, gerechter, sozialer: Eine umfassende Ertragsteuerreform für mehr Wachstum und Beschäftigung*, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.
- Kronberger Kreis** (2012), *Wie viel Koordinierung braucht Europa?*, *Schriftenreihe der Stiftung Marktwirtschaft*, 55, Berlin.

- Kronberger Kreis** (2009), Für einen wirksamen Klimaschutz, Schriftenreihe der Stiftung Marktwirtschaft, 49, Berlin.
- Kronberger Kreis** (2008), Irrwege in der Sozialpolitik, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, 104, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.
- Kronberger Kreis** (2006), Den Subventionsabbau umfassend voranbringen, Schriftenreihe der Stiftung Marktwirtschaft, 44, Berlin.
- Kronberger Kreis** (2004), Flexibler Kündigungsschutz am Arbeitsmarkt, Schriftenreihe der Stiftung Marktwirtschaft, 41, Berlin.
- Kronberger Kreis** (2002), Mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitswesen, Schriftenreihe der Stiftung Marktwirtschaft, 39, Berlin.
- Monopolkommission** (2011), Energie 2011: Wettbewerbsentwicklung mit Licht und Schatten, Sondergutachten, 59.
- Müller-Armack, Alfred** (1956), Soziale Marktwirtschaft, in: von Beckerath, Erwin et al. (Hrsg.), Handwörterbuch der Sozialwissenschaften: Zugleich Neuauflage des Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Stuttgart, 9, S. 390–392.
- Oberender, Peter** (1987), Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Technologieförderung: Eine ordnungspolitische Analyse, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, 38, Göttingen, S. 127–146.
- Papaioannou, Elias und Gregorios Siourounis** (2008), Democratization and Growth, in: Economic Journal, 118 (10), S. 1520–1551.
- Raddatz, Guido** (2012), Chancengerechtigkeit, Bildung und Soziale Marktwirtschaft, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, 118, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.
- Raddatz, Guido** (2008), Reform der Pflegeversicherung – Zurück auf Los, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, 105, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.
- Raffelhüschen, Bernd und Stefan Moog** (2012), Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz, Update 2012: Demografie und Arbeitsmarkt, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, 117, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.
- Röpke, Wilhelm** (1950), Mass und Mitte, Erlenbach-Zürich.
- Rüstow, Alexander** (1932), Diskussionsbeitrag, Schriften des Vereins für Socialpolitik, 187, München.
- Sala-i-Martin, Xavier X.** (1997), I just ran two million regressions, The American Economic Review, 87 (2), Papers and Proceedings of the Hundred and Fourth Annual Meeting of the American Economic Association, S. 178–183.
- Schlecht, Otto** (1981), Die Genesis des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, in: Hohmann, Karl et al. (Hrsg.), Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft: Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft, 2, 1988, Stuttgart, New York, S. 131–145.
- Seitel, Hans Peter** (2005), Wettbewerb, in: Hasse, Rolf H. et al. (Hrsg.), Lexikon Soziale Marktwirtschaft, Paderborn et al., S. 485–488.
- Stiftung Marktwirtschaft** (2012), Positionspapier Mehrwertsteuer, 4, www.stiftung-marktwirtschaft.de.
- Sturm, Jan-Egbert, Erik Leertouwer und Jakob de Haan** (2002), Which Economic Freedoms Contribute to Growth? A Comment, Kyklos, 55 (3), S. 403–416.
- Sunde, Uwe** (2006), Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie – Ist Demokratie ein Wohlstandsmotor oder ein Wohlstandsprodukt?, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 7 (4), S. 471–499.
- von Hayek, Friedrich A.** (1976), Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft, in: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, S. 103–121, Salzburg.
- von Hayek, Friedrich A.** (1969), Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Freiburger Studien, S. 249–265, Tübingen.
- von Hayek, Friedrich A.** (1959), Politischer Liberalismus, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6, S. 591–596.
- von Mises, Ludwig** (1959), Wirtschaftlicher Liberalismus, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6, S. 596–603.
- Wohlgemuth, Michael und Joachim Zweynert** (2009), Wohlverstandener Neoliberalismus statt falsch verstandener Keynesianismus: Anmerkungen zur (politischen) Ökonomie der aktuellen Krise, WiSt, 8, S. 407–412.

Executive Summary

Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland weist eine beeindruckende Erfolgsgeschichte auf, wenn man z.B. die Entwicklung des Wohlstands der Bevölkerung betrachtet. Dennoch steht es um das öffentliche Image der Marktwirtschaft und ihres geistigen Fundaments, dem Neoliberalismus, nicht zum Besten – zu Unrecht. Beide basieren auf der Erkenntnis, dass der Marktmechanismus grundsätzlich für die optimale Zuteilung von Ressourcen sorgt. Der Staat muss die freiheitliche Wirtschaftsordnung sichern und Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerb garantieren. Ein starker Staat ist die Basis einer erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft im eigentlichen neoliberalen Sinne.

Die empirische Evidenz zeigt, dass der Wohlstand eines Landes mit seiner ökonomischen und politischen Freiheit zusammenhängt. Freiere Länder sind also reicher. Vor allem die ökonomische Freiheit des Individuums stellt ein wesentliches Element der Sozialen Marktwirtschaft dar. Sie sorgt dafür, dass sich die Erbringung von Leistungen für den Einzelnen lohnt und dass sich Kreativität als Basis für Innovation und Wachstum entwickeln kann.

Freier Wettbewerb ist für eine funktionierende Marktwirtschaft unerlässlich ebenso wie Chancengerechtigkeit. Jedem Mitglied einer Gesellschaft sollten – unabhängig vom familiären und sozialen Hintergrund – dieselben Aufstiegsmöglichkeiten offenstehen. Da diesbezüglich in Deutschland noch Verbesserungsbedarf besteht, gehören Bildung, Weiterbildung und Integration zu den wesentlichen politischen Herausforderungen.

Entgegen anderslautender Berichterstattung liegt die Verteilung der deutschen verfügbaren Einkommen im internationalen Durchschnitt. Die staatliche Umverteilung im Steuer- und Sozialsystem gleicht die deutlich höhere Ungleichheit der am Markt erzielten Einkommen teilweise aus und sorgt für soziale Stabilität. Gleichzeitig müssen Leistungen angemessen entlohnt werden. Eine zu starke Gleichverteilung von Ein-

kommen und Vermögen verhindert Wachstum, dadurch dass zu geringe Anreize zur Leistungserbringung bestehen. Deswegen sind der wachsende Staatseinfluss und Tendenzen zur ausufernden Umverteilung mit Sorge zu betrachten. Sowohl die gegen 50% gehende Staatsquote als auch die hohe Nettosozialleistungsquote illustrieren den im internationalen Vergleich stark ausgeprägten Sozialstaat. Zudem zeigt die Frage der zukünftigen Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme die Grenzen staatlicher Versorgung auf.

Der Staat setzt die Rahmenbedingungen für die Soziale Marktwirtschaft. Doch eine darüber hinausgehende umfassende Wirtschaftssteuerung ist nicht anzustreben, weil der Staat dem Markt in der Sammlung und Verarbeitung der verfügbaren Informationen hoffnungslos unterlegen ist.

Marktwirtschaftliche Handlungsempfehlungen für aktuelle Herausforderungen der deutschen Wirtschaftspolitik lauten:

- Reduzierung des Staatseingriffs und der gesamtstaatlichen Verschuldung
- Überwindung der europäischen Schuldenkrise durch eine Stabilitätsunion („Maastricht 2.0“)
- Keine Vergemeinschaftung der nationalen Staatsverschuldung in Europa
- Vereinfachung des Steuersystems in Hinblick auf mehr Transparenz und Konsistenz
- Erhalt eines wettbewerbsfähigen Arbeitsmarktes (u.a. durch Verzicht auf politisch festgelegte Mindestlöhne)
- Ausrichtung des sozialen Sicherungssystems an Marktfähigkeit und Nachhaltigkeit
- Abbau von industriepolitischen Subventionen
- Gewährleistung von forschungs- und innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen
- Deregulierung von Netzwirtschaften
- Orientierung der Energiepolitik an marktwirtschaftlichen Prinzipien